Sitzungsvorlage

Nr. 2016/451

Beschlussvorlage

Beschlussfassung, dass die Fraktionen bzw. Gruppen ermächtigt werden, die Vertretung für die Ausschussmitglieder selbst zu regeln, soweit die Vertretung nicht spezialgesetzlich verbindlich vorgeschrieben ist.

Kreistag

07.11.2016

TOP

Beschlussvorschlag:

Die Gruppen und die Fraktionen werden ermächtigt, die Vertretung für die ordentlichen Ausschussmitglieder selbst zu regeln, soweit sie spezialgesetzlich nicht verbindlich vorgeschrieben ist.

Sachverhalt:

Eine Stellvertretung der Ausschussmitglieder ist nicht gesetzlich geregelt. Angesichts des Interesses an einer dauerhaften Funktionsfähigkeit der Ausschüsse (einschließlich der Wahrung der Mehrheitsverhältnisse) und mit Blick auf die kommunale Praxis kann dies nicht als Verbot der Berufung von stellvertretenden Ausschussmitgliedern verstanden werden. Die Vertretung (der Kreistag) ist frei in ihrer Entscheidung, ob sie Stellvertreter beruft und wie sie diese Frage im Einzelnen handhaben will.

Erfolgt keine Festlegung, findet eine Vertretung ver hinderter Ausschussmitglieder nicht statt. Eine Regelung durch die selbst ver hinderten Personen ist nicht möglich.

Die konkrete Benennung eines bestimmten Stellvertreters für jedes Ausschussmitglied ist die eindeutigste Lösung. Sie birgt aber die Gefahr, dass sie nicht greift, wenn auch der Stellvertreter verhindert ist.

Es kommt auch eine Stellvertretung durch alle Mitglieder einer jeweiligen Fraktion oder Gruppe in Betracht, wobei der Mechanismus zu eindeutigen Ergebnisse für die jeweils anstehende Ausschusssitzung führen muss.

In der letzten Wahlperiode wurde der o.g. Beschluss gefasst.